



Regierungsratsbeschluss vom 19. Februar 2019

Ständerat; Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit; 16.411 Parlamentarische Initiative. Für den Persönlichkeitsschutz auch in der Aufsicht über die Krankenversicherung; Vernehmlassung

P181639

1. Der Regierungsrat genehmigt das vorgelegte Antwortformular an das Bundesamt für Gesundheit.

Begründung

Die Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats hat bei den Kantonen ein Vernehmlassungsverfahren zu einem Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) und des Bundesgesetzes betreffend die Aufsicht über die soziale Krankenversicherung (KVAG) durchgeführt. Die Kommission will mit genauer gefassten Gesetzesbestimmungen sicherstellen, dass der Persönlichkeitsschutz gestärkt und die Verhältnismässigkeit gewahrt wird, wenn das Bundesamt für Gesundheit (BAG) bei den Versicherern Daten erhebt. Die Vorlage wird vom Regierungsrat ausdrücklich begrüsst.

